

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass das bisherige Engagement westlicher Regierungen und Gruppen für ein »demokratisches Birma« den Dialog in hohem Maße beeinflusst. Die staatlichen birmanischen Medien haben Aung San Suu Kyi bisher als eine Agentin des westlichen Neokolonialismus, der sich demokratisch tarnt, interpretiert. Wenn diese Angriffe — als eine »vertrauensbildende Maßnahme« — nun erst einmal eingestellt worden sind, heißt das nicht nur, dass die Junta das von Aung San Suu Kyi repräsentierte westlich beeinflusste Demokratieverständnis zumindest als Grundlage für weitere Gespräche zur Kenntnis zu nehmen bereit ist. Es bedeutet auch, dass Aung San Suu Kyi bereit ist, das aus westlicher Sicht negative »Demokratieverständnis« der Junta und der ihr vorangegangenen Regierung ernst zu nehmen. Das ist eine heftige Herausforderung für alle Birma-Aktivisten, die bisher die Regierung Myanmars verteufelt haben. Die möglichen Reaktionen auf diese Herausforderung durch die »Burma-Lobby« und die von ihnen beeinflussten Politiker sind ein schwer kalkulierbares Risiko für die weiteren Gespräche.

Fazit

Es gibt mittlerweile mehrere Beispiele für die faktische Beeinflussung des Dialogs durch die Außenstehenden. Es gibt Gerüchte über ein mögliches Scheitern der Gespräche angesichts der Tatsache, dass keine schnellen Ergebnisse zu erzielen sind⁶. Auf deutscher Seite gab es Verzicht auf einen Besuch Myanmars durch eine Delegation von Mitgliedern des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Grund: Die Regierung hatte keinen Gesprächstermin mit Aung San Suu Kyi erlaubt. In beiden Fällen zeigt sich das Dilemma des Dialogs. Wenn er wirklich auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit hinauslaufen soll, braucht er Zeit. In dieser Zeit aber wächst das Misstrauen derjenigen unter den Außenstehenden, die vom Ausgang des Dialogs in der Box besonders viel zu befürchten haben⁷.

Trotzdem: Eine Alternative zu dem im Oktober eingeschlagenen Weg ist nicht zu erkennen.

NGO-Konsultation in Deutschland stellt fest: »Gespräche in Burma noch kein wahrer Dialog«

Am 21. März 2001 trafen sich in Bonn auf Initiative des Euro-Burma Office in Brüssel Vertreter von deutschen Gruppen mit Interesse an Burma zur Einschätzung der Gespräche zwischen Daw Aung San Suu Kyi und der Militärführung in Burma. Unter Berücksichtigung der Einschätzungen a) der burmesisch-demokratischen und nicht-burmesischen ethnischen Führer in Burma vom 6. und 7. März 2001, b) des Treffens der europäischen Burma-bezogenen Nicht-Regierungs-Organisationen in Brüssel vom 24. Februar 2001 und c) des Treffens von internationalen Nicht-Regierungs-Organisationen in Bangkok vom 17.-19. März 2000, wird übereinstimmend festgestellt:

- Die laufenden Gespräche zwischen dem Staatsrat für Frieden und Entwicklung (SPDC) und Daw Aung San Suu Kyi sind eine willkommene Entwicklung, aber müssen noch zu einem wahren »Dialog« weiterentwickelt werden.
- Nicht-burmesische Beteiligung am »Dialog«-Prozess zum frühest möglichen Zeitpunkt ist von entscheidender Wichtigkeit, wenn eine dauerhafte politische Lösung gefunden werden soll.
- Um Vertrauen in die laufenden Gespräche herzustellen, sollte die SPDC in den nicht-burmesischen Gebieten alle Feindseligkeiten und Menschenrechtsverletzungen einschließlich gewaltsamer Umsiedlungen und Zwangsarbeit einstellen.
- Solange es in Burma Zwangsarbeit gibt, sollten die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und alle ihre Mitglieder diese Praxis bekämpfen.

- Solange die Menschenrechte in Burma verletzt werden, sollten alle Burma-Gruppen diese Verletzungen gegenüber der Weltöffentlichkeit bloßstellen.
- Um den Prozess des Dialogs zu unterstützen, sollte die internationale Gemeinschaft, und besonders Deutschland und die EU, zumindest ihre bisherige Haltung beibehalten bis substantielle politische Vereinbarungen erreicht sind.
- Die internationale Gemeinschaft, Nicht-Regierungs-Organisationen eingeschlossen, sollten ohne vorherige und geeignete Konsultation keine vorzeitigen einseitigen Aktionen, etwa Hilfsmaßnahmen und das Lancieren von Kampagnen, unternehmen, die den Prozess des Dialogs gefährden könnten.

Die deutschen burmabezogenen Gruppen haben auf dem Treffen ein kleines Komitee gebildet, um ihre Anliegen in den Gesprächen besser zu gewichten.

Teilnehmer des Treffens:

Amnesty International, Bad Kreuznach; Asienhaus, Essen; Burma Büro, Köln; Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Deutsch-Burmesische Gesellschaft, Bruchsal; Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin; Karen National Union (Germany); Misereor, Aachen

Beobachter:

BMZ, Bonn; DED, Bonn; Förderverein Myanmar, Saarbrücken; Ressource-Personen des Euro-Burma Office, Brüssel, des Burma-Zentrums der Niederlande und des Netzwerks politischer Führer für Demokratie (PD), Oslo.

Anmerkungen

- 1) Die regierenden Machthaber verfügten 1989, ein Jahr nach dem Putsch vom September 1988, dass das Land auch international in Zukunft »Myanmar« heißen sollte. In der birmanischen Sprache hieß es schon vorher so. Ähnliche Änderungen wurden für Landesteile, Städte (etwa Yangon für Rangun) und Flüsse vorgenommen. Viele Gruppen, die die Legitimität der Regierung seit 1988 bezweifeln, lehnen es ab, den Namen »Myanmar« zu verwenden. Sie benutzen weiter den vorher im englischen Sprachraum international üblichen Namen »Burma«. Im korrekten Diplomatendeutsch hieß das Land vor 1989 allerdings »Birma«. Der Autor verwendet »Myanmar« für die Zeit nach 1989 und »Birma«, »Birmanen«, »birmanisch« für die Zeit davor. Die größte ethnische Gruppe im Lande wird als »Burmesen« (Adjektiv: »burmesisch«) bezeichnet.
- 2) State Peace and Development Council; vom Tag der Machtübernahme am 18.9.1988 bis zum 15.11.1997 nannte sich die Militärjunta SLORC (State Law and Order Restoration Council).
- 3) National League for Democracy; 1988 gegründete Partei, die die Wahlen von 1990 gewann (sie erhielt über 60 % der Stimmen und gewann über 80 % der Mandate).

- 4) Anti Fascist Peoples' Freedom League, 1944 als Zusammenschluss der Burma National Army sowie der im Entstehen begriffenen kommunistischen und sozialistischen Parteien des Landes gegründet.
- 5) U Tin U, Stellvertreter Vorsitzender der NLD, nicht zu verwechseln mit dem im Februar bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben gekommenen ehemaligen 2. Sekretärs des SPDC, Generalleutnant Tin U, war unter Ne Win Verteidigungsminister und galt als dessen möglicher Nachfolger.
- 6) FEER, 10.5.2001
- 7) Co-Autor des Artikels in der FEER ist Bertil Lintner, einer der prominentesten Journalisten, der die Sache der birmanischen Opposition im allgemeinen und der ethnischen Nationalität im besonderen auf seine Fahnen geschrieben hat. Im Unterschied zu ihm unterstützt der Ministerpräsident der Exilregierung, Dr. Sein Win, ein Vetter Aung San Suu Kyis, die Gespräche weiterhin (DVB, 30.4.2001). Und der philippinische Vizepräsident akzeptierte, dass ihm die Militärjunta keine Erlaubnis zum Besuch der Oppositionsführerin gab (AP, 3.5.2001).